osteuropa

Die Einigung Europas

Zugkraft und Kraftakt

osteuropa

54. JAHRGANG/HEFT 5–6/MAI–JUNI 2004

Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt

Editorial Kräftemessen 5

Bronisław Geremek Wider die Erweiterungsskepsis
Das neue Europa und seine Feinde 9

György Konrád Europas Identität und
die Dominanz Amerikas 19

Stefan Auer Das Erbe von 1989
Revolutionen für Europa 31

Barbara Lippert Sternstunde oder Stolperstein?
Erweiterung und Europäische Integration 47

Georg Vobruba Grenzen des Projekts Europa
Von der Expansionsdynamik zur
abgestuften Integration 61

Politik im Staatenverbund

Jean-Marc Ferry Die EU, die postnationale Konstellation
und das Problem der Souveränität 76

Rudolf Hrbek Modelle politischer Ordnung
Föderalismus, Mehrebenensystem,
variable Geometrie 87

Jürgen Neyer Demokratisches Regieren in einem
post-pathetischen Europa 106

Andreas Maurer Agenda-Taking statt Agenda-Setting
Die Neuen im Verfassungskonvent 118

Timm Beichelt Konstellationswechsel?
Politische Konflikte in der neuen EU 136

Ines Hartwig, Phedon Nicolaides — Ein knappes Gut? Solidarität in der erweiterten EU — 147

Michael W. Bauer — Erweiterungsdynamik? Das Europa der Regionen — 160

Gwendolyn Sasse, James Hughes — Integration mit Tiefgang? Regionalisierung in Ungarn und Polen — 180

Europas politische Gesellschaft

Winfried Thaa — Zivilgesellschaft – ein schwieriges Erbe aus Ostmitteleuropa — 196

Christoph Linden — Europäische Bewegung Zivilgesellschaft für Europa — 216

Stephen Day — Die Osterweiterung der Europarteien Ambivalenzen eines Familienzuwachses — 223

Michael Dauderstädt — Brüder, zur Sonne, zur Freiheit Sozialdemokratie – osterweitert? — 236

Roland Freudenstein — Volkspartei oder Völkerparteien? Familienzuwachs in der EVP — 251

Anna Schwarz, Jörg Jacobs — Bangen an der Oder Ängste und Hoffnungen spiegeln sich — 262

Jan Sokol — Europa spricht Sprachenvielfalt und Politik — 276

Ira Panic — Europa schreibt Das Europäische an Europas Literaturen — 286

Europas Politikfelder

Elmar Rieger — Wohlfahrt für Bauern? Die Osterweiterung der Agrarpolitik — 296

Heinz Fassmann — Die große Freiheit? Zuwanderung und Niederlassung — 316

Gerhard Gnauck — Muß Polen Deutschland dankbar sein? — 330

Thomas Conzelmann Verteilungsspiele ohne Grenzen?
Die Osterweiterung der Strukturpolitik 333

Marzenna Guz-Vetter Schwieriges Geld aus Brüssel
Polen und die Strukturgelder der EU 347

András Inotai Vor dem take-off?
Modernisierung statt Peripherie 360

Dorothee Bohle, Béla Greskovits Ein Sozialmodell an der Grenze
Kapitalismus ohne Kompromiß 372

Johannes Baur Europäische Verkehrspolitik
Zu Lande, zu Wasser und in der Luft 387

Liliana Andonova Die Osterweiterung der Umweltstandards
Chemikaliensicherheit und Luftreinhaltung 397

Jakob Edler, Attila Havas Einbinden, um aufzuholen
Die Erweiterung in der
Forschungs- & Technologiepolitik 413

Wilhelm Knelangen Freiheit, Sicherheit und Recht
Erweiterte Innen- und Justizpolitik 430

Kai-Olaf Lang Störenfriede oder Ideengeber?
Die Neuen in der GASP 443

Siegmar Schmidt Vor dem Rollentausch
Osterweiterung und Entwicklungspolitik 460

Eva G. Heidbreder Minderheitenschutz in der neuen EU
Beitrittskriterien nach dem Beitritt 473

Annegret Haase Kooperation statt Exklusion?
Euroregionen an Polens EU-Außengrenze 484

Katarzyna Stoklosa Laboratorien der Einigung
Grenzregionen am EU-East-End 496

Abstracts 507

Abkürzungsverzeichnis 518

Michael Dauderstädt

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit

Sozialdemokratie – osterweitert?

Mit der Erweiterung der EU erweitert sich auch das politische System um die Parteien der beigetretenen Länder. Diese Parteien sind von den Transformationen ihrer Länder geprägt und vertreten unterschiedliche Positionen in der jeweiligen Parteienlandschaft. Auch ihre Positionen zur europäischen Integration unterscheiden sich. Fast alle haben den Beitritt ihrer Länder unterstützt. Die Analyse der sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien zeigt, daß ihre europapolitischen Positionen eher nationale als parteipolitische Präferenzen widerspiegeln.

Die Erweiterung der Europäischen Union stellt die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, an der die politischen Parteien maßgeblich mitwirken, vor gewaltige Herausforderungen. Von den zehn Neumitgliedern sind sechs aus Spaltungen entstandene Neustaaten, die sich deshalb noch in unterschiedlichen Phasen des *nation building* befinden. Polen und Ungarn haben 1989 zwar keinen neuen Staat gegründet, aber eine neue Staatsform angenommen. Den meisten ostmitteleuropäischen Ländern sind wenig konsolidierte Parteiensysteme gemeinsam.

Ihnen stehen in den alten Mitgliedstaaten etablierte Parteiensysteme gegenüber, die jedoch in Ländern wie Italien, Niederlande oder Österreich ebenfalls erhebliche Verwerfungen hinter sich haben. Politikverdrossenheit und Populismus bedrohen die traditionelle Ruhe der etablierten Kartellparteien.[1] Diese Entwicklung entspringt nicht zuletzt der Tatsache, daß die Leistungserwartungen an das politische System und dessen Leistungsmöglichkeiten in offenen, globalisierten Gesellschaften, die in die europäische Mehrebenendemokratie integriert sind, immer stärker divergieren.

In den Parteiensystemen sowohl der Alt- als auch der Neumitglieder spielen sozialdemokratische Parteien eine wichtige Rolle. Sie vertreten traditionell die Interessen der Arbeitnehmer und der sozial schwächeren Bevölkerungsteile, die an einer politischen Korrektur für sie nachteiliger Marktprozesse besonders interessiert sind. Diese sind in der EU immer weniger nationalen Kontrollen unterworfen. Die institutionellen und regulativen Strukturen, in die sie eingebettet werden, weisen immer mehr europäischen Charakter auf. Gerade die europäischen Sozialdemokraten müßten also nationale Präferenzunterschiede überwinden, um gemeinsame Positionen gegenüber den

Michael Dauderstädt (1947), Dr. rer.pol., Leiter des Referats Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

[1] Richard S. Katz, Peter Mair: Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, 1/1995, S. 5–28.

OSTEUROPA, 54. Jg., 5–6/2004, S. 236–250

dominanten Akteuren auf den transnationalen Märkten durchsetzen zu können. In der erweiterten EU hängt ihr Einfluß auch davon ab, inwieweit die Schwesterparteien aus den beigetretenen Ländern gemeinsame europapolitische Positionen mit denen der Altmitglieder finden können.

Sozialdemokratie und europäische Integration

Die Gründungsphase der europäischen Einigung war geleitet von Ideen und Personen, die überwiegend aus dem Lager der konservativen, christlich-demokratischen Politik kamen. Der soziale Gedanke stand zwar nicht im Mittelpunkt der Integration, auch wenn er an prominenter Stelle im Vertragstext („wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt", „stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen") auftaucht. Neben den Gewerkschaften sind die sozialdemokratischen Parteien Europas die Kräfte, von denen insbesondere eine soziale, aber auch eine demokratische Ausgestaltung der europäischen Integration am ehesten zu erwarten gewesen wären. Einem derartigen Einfluß standen aber lange Zeit zwei Faktoren im Weg:

- die anfängliche Europaskepsis der Linken und
- die nationalen Verschiedenheiten, die es schwer machen, zu europaweit einheitlichen Vorstellungen und Programmen aller sozialdemokratischen Parteien zu kommen.

So übernahm die deutsche Sozialdemokratie erst mit dem Godesberger Programm 1959 die Integrationsidee. Die britische Labour Party trat dem europäischen sozialdemokratischen Parteienbund erst im Jahre 1976 bei. In dem Maße, wie es Sozialdemokraten ab Mitte der 1960er Jahre gelang, ihre Ziele wie soziale Gerechtigkeit und soziale Demokratie im nationalen Rahmen zu erreichen, betrachteten sie jede Einengung dieses Handlungsspielraums mit Skepsis.[2]

Bei der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 konnten sich die Sozialdemokraten trotz der Gründung der *Confederation of the Socialist Parties of the European Community* 1974 nicht auf ein gemeinsames Wahlprogramm einigen. Erst in den 1980er Jahren nahm angesichts der liberalen „Wende" in Europa die Kooperationsbereitschaft wieder zu. Aber auch in den 1990er Jahren war die Europabegeisterung bei der Linken schwächer ausgeprägt als bei den Liberalen oder Christdemokraten. Nur die britischen Konservativen sowie Kommunisten und Rechtsextreme sind deutlich europaskeptischer als die Sozialdemokraten.[3] Immerhin kam es 1992 zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Und mit der zunehmenden Irreversibilität der Konkurrenz wirtschafts- und sozialpolitischer Steuerungsmodelle

[2] Robert Ladrech: Social democracy and the challenge of European Union. Boulder 2000. – Pascal Delwit: Les Partis Socialistes et l'Intégration Européenne. Brüssel 1995, S. 277ff.

[3] Simon Hix, Christopher Lord: Political Parties in the European Union. Basingstoke 1997, S. 50. – Simon Hix: The Political System of the European Union. London 1999, S. 166ff. – Liesbeth Hooghe, Mark Wilson: Multi-Level Governance and European Integration. Oxford 2001.

im Binnenmarkt wird eine europäische Regulierung der Marktprozesse attraktiver als nationale sozialdemokratische Modelle.[4]

Der gemeinsame europäische Weg krankt aber an der Vielfalt sozialdemokratischer Programme und Politiken, die eine europäische Abstimmung erschweren. Sie reflektieren unterschiedliche nationale Problemlagen, Entwicklungsniveaus, Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen sowie die historisch gewachsenen europapolitischen Haltungen der jeweiligen Eliten. Diese Strukturen können als Kapitalismusvarianten verstanden werden, die zwischen national stark politisch regulierten Ökonomien und universellen Wohlfahrtsstaaten wie Schweden und Dänemark oder stark marktregulierten Ökonomien und marginalen Wohlfahrtsstaaten wie Großbritannien und Irland schwanken.[5] Diese Extremvarianten sind euroskeptischer als die kontinentalen Kapitalismusvarianten.[6]

Europapolitik ist zunächst Außenpolitik. Sieht man vom Friedensziel ab, hat die sozialdemokratische Programmatik, der es um die Mehrung des Wohlstands und gerechte Verteilung geht, wenig originäre außen-, ganz zu schweigen europapolitische Inhalte. In den zentralen europapolitischen Fragen der EU-Institutionen und -Finanzen sowie bei vielen einzelnen Politiken wie etwa bei der Erweiterung dominieren nationale Haltungen über spezifische Parteipositionen. In eher euroskeptischen Ländern wie Großbritannien, Dänemark, Schweden und Finnland standen auch die Sozialdemokraten einer Vertiefung in Richtung europäischem Bundesstaat ablehnend gegenüber. Dem entspricht auch eine Präferenz für Einstimmigkeit, die ein nationales Votum bei EU-Entscheidungen erlaubt, wenn es um die Ausdehnung der qualifizierten Mehrheit auf weitere Politikbereiche geht. Mehr Gemeinsamkeiten zeigen sich in der Frage der parlamentarischen Kontrolle, bei der fast alle sozialdemokratischen Parteien dem Europäischen Parlament mehr Macht geben wollen, die europaskeptischen Länder aber gleichzeitig auch mehr Kontrolle durch die nationalen Parlamente fordern. Während eine Mehrheit eine wichtigere Rolle der EU in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wünscht, sind die Haltungen zu außenpolitischen Fragen unterschiedlich. Zwar treten alle für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein, aber die konkrete Orientierung reicht von einer engen Bindung an die NATO bei den Briten bis zur Neutralitätsforderung bei den ehemals „blockfreien" Staaten Österreich, Schweden und Finnland. Die größte Übereinstimmung herrscht in der Forderung, die sozialen Grundrechte zu stärken, während sich die Parteien bei anderen Punkten (Grundrechtskatalog, Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention) uneinig sind.[7]

[4] Gary Marks, Carole J. Wilson: The Past in the Present: A Cleavage Theory of Party Response to European Integration, in: British Journal of Political Science, 3/2000 S. 433–459, hier S. 442ff.

[5] Peter A. Hall, David Soskice (Eds.): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford 2001. – Gösta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1990.

[6] Adam P. Brinegar, Seth K. Jolly, Herbert Kitschelt: Varieties of Capitalism and Political Divides over European Integration. Durham 2002 (unveröffentlichtes Manuskript).

[7] Andreas Maurer: Der Wandel europapolitischer Grundorientierungen nationaler Parteien in der Europäischen Union, in: Mathias Jopp, Andreas Maurer, Heinrich Schneider: Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung 1998. Bonn [= iep Analysen 14], S. 301–364.

Europapolitik in der Parteienkonkurrenz

Die europapolitischen Grundorientierungen der beigetretenen Länder sind vor dem Hintergrund ihrer jüngsten Geschichte zu verstehen. Der EU-Beitritt setzt die Transformation von Plan- zu Marktwirtschaft, von Parteidiktatur zu Demokratie und die Integration in die europäische und globale Wirtschaft bruchlos fort. Weniger bruchlos war der Aufbau eines eigenen Nationalstaats, den sechs der acht beigetretenen Länder, die drei baltischen Staaten, Slowenien, Tschechien und die Slowakei, leisten mußten.

Diese schwierige Anpassung setzte einen gesellschaftlichen Konsens voraus, der angesichts der spürbaren Kosten und Enttäuschungen (vgl. Tabelle 1) schwer durchzuhalten war. Die Parteien in Osteuropa, auch die linken Parteien, von denen manche aus den ehemaligen Staatsparteien hervorgegangen waren, mußten diesen Konsens mittragen oder durchbrechen. Obwohl die frustrierten Wähler in Ostmittel- und Osteuropa fast jede Regierung nach spätestens einer Legislaturperiode abwählten, gab es nach jedem Machtwechsel in der tatsächlichen Politik nur geringe Korrekturen am inneren Reformkurs und den Beitrittsvorbereitungen. Unter dem gesellschaftlichen Anpassungsdruck veränderten sich in einigen Ländern jedoch die Parteiensysteme dramatisch.[8] Besonders wechselhaft waren die Parteisysteme im Baltikum, wo Parteien sich um einige prominente Persönlichkeiten kristallisierten und eine schwache programmatische Kohäsion aufwiesen. In Polen zerbrach das konservativ-liberale Spektrum mehrfach, während in der Slowakei vor allem die Linke unter der Enttäuschung der Wähler litt und sich auflöste.[9] Dagegen konsolidierten sich in Ungarn und Tschechien die Parteiensysteme um jeweils starke Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien. Auch Slowenien zeigte trotz größerer Zersplitterung der Parteienlandschaft eine relative Stabilität.[10]

Im Fall der linken Parteien war die kontinuierliche Unterstützung der Reformen besonders bemerkenswert, da ja die Transformation im Kern ein liberales Projekt zur Einführung des Kapitalismus war.[11] Der parteiübergreifende Konsens wird auch darin sichtbar, daß die Beitrittsanträge sowohl von liberal-konservativen als auch linken Regierungen gestellt wurden.

[8] Anna Grzymala-Busse, Abby Innes: Great Expectations: The EU and Domestic Political Competition in East Central Europe, in: East European Politics and Society, 1/2003, S. 64–73.

[9] Tim Haughton: Explaining the Limited Success of the Communist-Successor Left in Slovakia: The Case of the Party of the Democratic Left, in: Party Politics, 2/2004, S. 177–191.

[10] Janusz Bugajski: Political Parties of Eastern Europe. A Guide to Politics in the Post-Communist Era. London 2002. – Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen 2002. – Paul G. Lewis: Political Parties in Post-Communist Eastern Europe. London 2000.

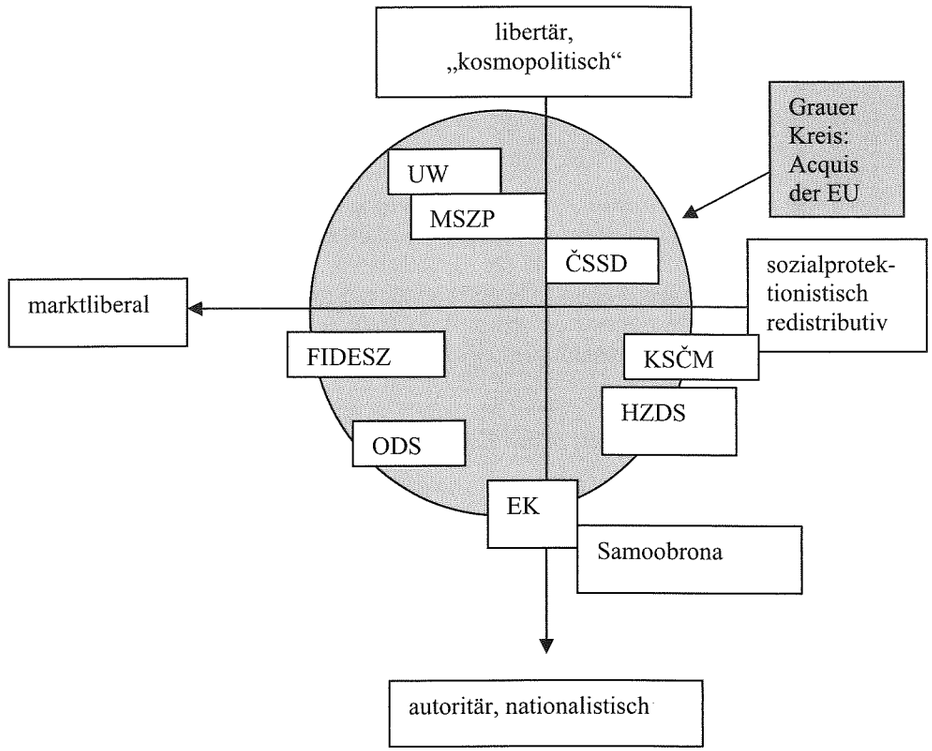
[11] Michael Dauderstädt, André Gerrits, György Markus: Troubled Transition. Social Democracy in East Central Europe. Amsterdam 1999. – Nick Crook, Michael Dauderstädt, André Gerrits: Social Democracy in Central and Eastern Europe. Amsterdam 2002, S. 22. – Paul Taggart, Aleks Szczerbiak: Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe [SEI Working Paper No. 46]. – Opposing Europe. Brighton 2001 [Research Network Working Paper No. 2], S. 11f. – Jean-Michel De Waele: Le retard social-démocratique en Europe centrale et balkanique, in: Pascal Delwit, Jean-Michel De Waele (Hg.): La Gauche face aux mutuations en Europe. Brüssel 1993.

Die Haltung zur europäischen Integration entfaltet sich entlang der beiden Achsen der typischen Parteienkonkurrenz: Die erste ist die sozioökonomische Achse, auf der linke Parteien für eine stärkere Regulierung der Märkte und redistributive Politik eintreten, die zweite ist die „identitätspolitische Achse", auf der sozialdemokratische Parteien eher gegen autoritär-nationalistische Projekte eingestellt sind.[12] Orthodox kommunistische Parteien sind dagegen im unteren rechten Quadranten anzusiedeln. Bedenken gegen die europäische Einigung können aus Ängsten vor Verteilungswirkungen oder vor Auswirkungen der Integration auf „nationale Werte" resultieren. Was die wirtschaftlichen Schutz- und Verteilungsinteressen betrifft, kann die Linke darauf hoffen, durch die Europäisierung die Einflußmöglichkeiten wiederzuerlangen, die sie durch Integration und Globalisierung auf nationalstaatlicher Ebene verloren hat.[13] Ein weiteres Motiv ist die Absicherung einer bestimmten Kapitalismusvariante[14] durch die Einbindung in den Korridor der Modelle, die mit dem *acquis* der EU verträglich sind, der extreme Varianten wie einen schrankenlosen Manchesterkapitalismus ebenso ausschließt wie ein ostasiatisches staatszentriertes Entwicklungsmodell. Hier streben linke Parteien den Schutz der sozialen Komponente der Marktwirtschaft an, während Liberale eine von ihnen befürchtete Rückkehr planwirtschaftlicher Elemente vermeiden wollen.

Damit verbunden sind Vorstellungen von der weiteren Gestaltung der Integration, der „Zukunft Europas" in beiden Dimensionen der Graphik 1 sowohl, was das Verhältnis nationaler Souveränität zu supranationaler europäischer Kompetenz betrifft, als auch, was den Ausbau der „positiven Integration" betrifft, also die Steuerung und Regulierung der durch die „negative Integration" (d.h. die Integration durch Aufhebung von Handelsschranken und nationalen Regulierungen) entstandenen transnationalen Märkte. So gründete sich die europaskeptische Haltung des früheren tschechischen Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Vaclav Klaus von der konservativ-liberalen *Demokratischen Bürgerpartei* (ODS) auf seine wirtschaftsliberale Ablehnung etwa der gemeinsamen Agrarpolitik ebenso wie auf seinen Wunsch, die tschechische Souveränität vor Eingriffen der „Brüsseler Bürokratie" zu schützen. Die nebenstehende Graphik veranschaulicht diese Situation.
Der graue Kreis repräsentiert die im Rahmen des *acquis* und der Kopenhagener Kriterien zulässigen politischen Positionen. Er ist leicht in die marktliberale Richtung verschoben, da die EU stärker durch Marktintegration als durch supranationale Marktsteuerung und Umverteilung gekennzeichnet ist. Vor dem Amsterdamer Vertrag 1999 hätte die Position des EU-Kreises noch mehr in dieser Richtung gelegen.

[12] Herbert Kitschelt et al.: Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation. Cambridge 1999.
[13] Marks, Wilson, The Past in the Present [Fn. 4].
[14] Hall, Soskice, Varieties [Fn. 5].

Parteien der beigetretenen Länder im europäischen Politikfeld[15]



Die ausgewählten Parteien besetzen Positionen, die entweder völlig EU-kompatibel sind (so die polnische Freiheitsunion UW, die tschechischen Sozialdemokraten ČSSD, die ungarischen Sozialisten MSZP) oder mit europäischen Positionen in Konflikt geraten wie die ungarische FIDESZ, die tschechische ODS,[16] die slowakische HZDS von Vladimír Mečiar, die tschechischen Kommunisten oder die estnische Zentrumspartei EK, die vor dem Referendum zur Abstimmung gegen den Beitritt aufrief, oder deutlich außerhalb des EU-Konsenses liegen wie die polnische *Samoobrona*.

[15] ČSSD = *Česká strane sociálně demokratická* (Tschechische Sozialdemokratische Partei), EK = *Eesti Keskerakond* (Estnische Zentrumspartei), FIDESZ = *Fiatal Demokraták Szövetsége* (Bund der Jungen Demokraten), HZDS = *Hnutie za demokratické Slovensko* (Bewegung für eine demokratische Slowakei), KSCM = *Komunistická strana Čech a Moravy* (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), MSZP = *Magyar Szociálista Párt* (Ungarische Sozialistische Partei), ODS = *Občanská demokratická strana*, *Samoobrona* (Selbstverteidigung), UW = *Unia Wolności* (Freiheitsunion).
[16] Sean Hanley: Party Institutionalisation and Centre-Right Euroscepticism in East Central-Europe: the Case of the Civic Democratic Party in the Czech Republic. Paper prepared for presentation at the 29th ECPR Joint sessions of Workshops. Turin 2002; <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin.asp?section=25>.

In den beigetretenen Ländern befürworten die Parteien der demokratischen Linken die europäische Integration. Die Gegner aus nationalen Motiven befinden sich überwiegend auf der Rechten, obwohl auch die orthodoxen tschechischen und slowakischen Kommunisten Souveränitätsargumente mit linken ideologischen Positionen (gegen „internationales Kapital" und „Imperialismus") verbinden.[17] Aber auch hier sehen die orthodoxen Kommunisten zunehmend, daß nur ein geeintes Europa eine Chance auf einen eigenen Weg hat, der einzelnen Ländern kaum mehr möglich ist. In sozialer Hinsicht ist dies das Ziel aller linken Kräfte, die ein europäisches wohlfahrtstaatliches Modell vor den Kräften der Globalisierung retten wollen.
Inwieweit Parteien versuchen, sich mit einer europapolitischen Position zu profilieren, hängt auch vom Stellenwert des Themas in Gesellschaft und Politik des Landes ab.[18] Angesichts eines breiten Konsenses für die Integration (vgl. Tabelle unten) wird eine große Partei nicht frontal dagegen antreten, während dies in einem eher skeptischen Umfeld durchaus eine Option sein kann (z.B. Estland). In der Regierungsverantwortung neigen Parteien stärker zu einer konstruktiven Europapolitik als in der Opposition.

Unterstützung des EU-Beitritts in den Kandidatenländern (zustimmende Antworten in Prozent aller Antworten)

Land	**1993**	**1996**	**1997**	**1998**	**2001**	**2002**	**2003 (Referendum)**	
							% der Stimmen	% der Stimmberechtigten
Estland	79	76	29	35	33	39	67	43
Polen	80	93	70	63	51	61	77	46
Tschechien	84	79	43	49	46	50	77	43
Ungarn	83	80	47	56	60	77	84	39
Slowenien	92	79	47	57	41	62	90	54
Lettland	78	80	34	40	33	54	67	49
Litauen	88	86	35	40	41	53	91	58
Slowakei	84	88	46	62	59	69	92	48

Umfragen: Eurobarometer;
Referendum: <http://www.mdr.de/eu/aktuell/938582.html>.

Dabei unterscheiden sich Ostmittel- und Osteuropa insofern kaum von den heutigen Mitgliedstaaten der EU, als die europäische Integration einen geringen Stellenwert in

[17] Paul Taggart und Aleks Szczerbiak: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States. Brighton 2002 [SEI Working Paper 51], S. 13–15. – Paul G. Lewis: The Impact of Enlargement of the European Union on Central European Party Systems.. Brighton 2003 [SEI Working Paper No. 71]. – Karen Henderson: Exceptionalism or convergence? Euroscepticism and party systems in Central and Eastern Europe. Paper prepared for presentation at the 29th ECPR Joint sessions of Workshops. Turin 2002; <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin.asp?section=25>. – Geoffrey Pridham: Transnational Party Cooperation and Post-Communist Politics: Evaluating Euroscepticism in Comparative Perspective. Paper prepared for presentation at the 29th ECPR Joint sessions of Workshops. Turin 2002; <www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin.asp?section=25>, S. 16ff.

[18] Grzemala-Busse, Innes, Great Expectations [Fn. 8].

der Parteienkonkurrenz hat. Selbst in Ländern, in denen die Bevölkerung relativ europaskeptisch eingestellt ist, sind große Parteien nicht grundsätzlich gegen eine Mitgliedschaft, sondern lehnen nur bestimmte Politiken (z.B. die gemeinsame Währung) oder eine weitere Einschränkung der nationalen Souveränität ab. Bei den Volksabstimmungen erzielten die Beitrittsbefürworter überall eine ausreichende, oft massive Mehrheit, wobei die Wahlbeteiligung niedrig ausfiel. Die Zustimmungsquote bezogen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten lag nur in Litauen und Slowenien über 50 Prozent (siehe Tabelle, S. 242).

Europapolitische Positionen sozialdemokratischer Parteien

Eingebettet in die europapolitische Debatte und die politische Konkurrenz ihrer Gesellschaften haben die linken Parteien der neu beigetretenen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten ihre Positionen vor allem zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und zum Verhältnis zu den neuen Nachbarn entwickelt und sich weniger zu klassischen sozialdemokratischen Fragen des europäischen Sozialmodells oder der künftigen Verfassung der EU geäußert.[19]

Polen

Der *Sojusz Lewicy Demokratycznej* (Union der demokratischen Linken, SLD) ist die sozialdemokratisch reformierte Nachfolgepartei der ehemaligen Staatspartei. Anders als die *Unia Pracy* (Union der Arbeit, UP) bezeichnet sich die SLD nicht mehr als links. Wirtschaftspolitisch distanziert sie sich deutlich von ihren ehemaligen sozialistischen Zielen.[20] Ihr Koalitionspartner UP, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Vergangenheit in der Solidarność stärker sozial-protektionistische Positionen vertritt, kritisierte die SLD gar als „kryptoliberal".[21] Die von ihr geführte Regierung stellte 1994 den Antrag zum EU-Beitritt und trieb ihn in der Regierungszeit 1993–1997 sowie seit 2001 voran. Da die SLD weniger auf starke europaskeptische Kräfte im eigenen Lager Rücksicht nehmen mußte als ihre konservative Vorgängerregierung, fielen ihr die Beitrittsverhandlungen mit der EU verhältnismäßig leicht.[22] Vor dem Referendum rief das Bündnis gemeinsam mit der schwachen liberalen Rechten die Wähler auf, für den Beitritt zu stimmen. Große Teile der religiösen Rechten und die ländlichen Parteien sind euroskeptisch bis antieuropäisch.[23]

[19] Der Überblick basiert auf Michael Dauderstädt, Britta Joerissen: Die Europapolitik linker Parteien in den postkommunistischen Beitrittsländern. Bonn 2003 [=Politikinformation Osteuropa Nr.115].

[20] Kai-Olaf Lang: Polens Demokratische Linksallianz – eine post-postkommunistische Partei? Vom Bündnis SLD zur Partei SLD. Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 4/2000, S. 3.

[21] Bugajski, Political Parties [Fn. 10], S. 172.

[22] Niels von Redecker: Polen, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration. Berlin, Bonn 2002, S. 421.

[23] Aleks Szczerbiak: After the Election Nearing the Endgame: The Polish Euro-debate in the Run-up to the 2003 EU Accession Referendum. Brighton 2002 [SEI Working Paper No. 53]. – Henning Tewes: Polen vor dem Referendum; <http://www.kas.de/publikationen/2003/1925_dokument.html>.

Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz machte im Jahre 2003 deutlich, daß die Sicherheit Polens unmittelbar an die Mitgliedschaft in der NATO geknüpft sei. Zwar unterstützte er auch die Entwicklung von GASP und ESVP, unterstrich aber, daß deren Ziel die Unterstützung der USA sein solle.[24] Die polnische Unterstützung der USA und Großbritanniens im Irakkrieg unterstreicht diese Position. Der zweite Schwerpunkt polnischer Europapolitik ist die Beziehung zu seinen östlichen Nachbarn. Polen ist sehr daran interessiert, den „Osten" nicht weiter auszugrenzen und wieder eine Teilung des Kontinents in Kauf zu nehmen.
Differenzierte Vorstellungen über den künftigen Charakter oder die Finalität der Europäischen Union sind in den SLD-Stellungnahmen selten zu finden. Einzig Józef Oleksy, der den Sejm im Europäischen Konvent vertrat, befürwortete vage ein föderales System.[25] Die UP entstand 1992 durch den Zusammenschluß einiger kleiner Parteien, die dem linken Flügel der *Solidarność* angehörten. Ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung unterscheidet sich stark von der der SLD, die UP fühlt sich den Interessen der Arbeiter verpflichtet. Im Programm widmet die UP der Europapolitik gerade eine halbe Seite. Sie befürwortete den Beitritt zur EU, machte aber zur Bedingung, daß dem Gewicht Polens auch in der Europäischen Union Rechnung getragen werde, daß Polen kein EU-Mitglied zweiter Klasse werde und materiell sowie finanziell nicht überfordert werden dürfe.[26]

Tschechische Republik

Bei dem EU-Referendum am 13./14. Juni 2003 variierte der Anteil der Ja-Stimmen je nach Parteizugehörigkeit zwischen 37 Prozent bei den euroskeptischen Kommunisten, 86 Prozent bei der liberal-konservativen ODS und 82 Prozent bei den Sozialdemokraten (ČSSD).[27] Erstaunlich ist der hohe Anteil der Ja-Stimmen bei den ODS-Wählern angesichts der oft EU-kritischen Äußerungen des langjährigen ODS-Vorsitzenden Václav Klaus und der distanzierten Haltung der ODS zu Brüssel.[28]
Die ČSSD vertritt einen pro-europäischen Kurs, der in Reden ranghoher Parteimitglieder, in Resolutionen und Wahlprogrammen in bezug auf das europäische Wertesystem, die europäische Identität sowie die wirtschaftliche und politische Integration zum Ausdruck kommt. Die Partei betont die Notwendigkeit, das Europäische Parlament sowie den Nationalstaat zu stärken, der gleichgewichtig neben der EU existieren soll, die nationale und kulturelle Identität der einzelnen Staaten und Regionen und das Prinzip der Subsidiarität. Premierminister Vladimír Špidla (ČSSD) spricht sich für

[24] Włodzimierz Cimoszewicz: Future of the Common Foreign and Security Policy. Lecture by Minister of Foreign Affairs of the Republic of Poland Włodzimierz Cimoszewicz, Friedrich-Ebert-Foundation. Berlin 2003; <http://www.msz.gov.pl/start.php>.
[25] Center for International Relations (Warsaw): The Future of Europe in the Opinion of Polish Politicians. Transcript of a Debate, Reports & Analyses, 1/2002; <http://europa.eu.int/futurum/documents/contrib/cont010202_en.pdf>.
[26] Unia Pracy: Po Pierwsze Praca. Program Unii Pracy; <http://www.uniapracy.org.pl/Program%20Upto.doc>.
[27] Kristina Larischová: Zum Ausgang des EU-Referendums in der Tschechischen Republik. Kurzbericht. Prag 2003, S. 3.
[28] Kai-Olaf Lang: Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union. Berlin 2002 [= SWP-Studie S 1, S. 9–17]. – Hanley, Party Institutionalisation [Fn. 16].

eine stärkere Integration in Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Umweltpolitik aus und betont gleichzeitig die Notwendigkeit, das supranationale Element der EU zu stärken. Auf der einen Seite bewertet die ČSSD die wirtschaftliche Integration, aber auch die politische, etwa in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik positiv und hält diese zur Schaffung einer europäischen Identität für unbedingt notwendig.[29] Auch das Auftreten der EU als geeinter starker Akteur neben den USA und die Dringlichkeit ihres Eingreifens in internationale Konflikte wird hervorgehoben.[30] Auf der anderen Seite will die ČSSD den Einfluß der Nationalstaaten weiterhin gesichert wissen. Ex-Außenminister Jan Kavan und der ehemalige Premierminister Miloš Zeman vertraten 2001 föderalistische Positionen zur Zukunft Europas. Sie unterstützten die „Gemeinschaftsmethode" und lehnten eine Ausnutzung der flexiblen Integration zur Bildung „exklusiver harter Kerne" ab.[31]

Slowakei

Lange Zeit dominierte der Populist Vladimír Mečiar mit seiner *Bewegung für eine demokratische Slowakei* (HZDS) die slowakische Politik. Seine national-autoritäre Politik hatte den Beitritt zur EU bis 1998 blockiert.[32] Die Slowakei gehörte 1997 nicht zur Luxemburg-Gruppe der ersten Kandidaten. 1998 gelang es einer breiten demokratischen Koalition, Vladimír Mečiar abzulösen. An beiden Koalitionen (1994 und 1998) war die sozialdemokratische *Strana demokratiskej ľavice* (SDĽ) beteiligt. Die Linke ist in der Slowakei stark zersplittert und schwach. Die historische Sozialdemokratische Partei der Slowakei (*Sociálnodemocratická Strana Slovenska*, SDSS) kam nie aus eigenen Kräften ins Parlament. Heute ist im Parlament noch die orthodoxe *Komunistická strana Slovenska* (Kommunistische Partei der Slowakei, KSS) und die von Robert Fico gegründete Partei *Smer* (Richtung) vertreten.
Die SDL war immer einer der Motoren des slowakischen EU-Beitritts. Beim ersten Treffen des slowakischen *Nationalen Konvents zur Zukunft Europas* 2001 sprachen sowohl der damalige Parlamentspräsident und Parteivorsitzende der SDĽ, Jozef Migaš, als auch der damalige Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, der SDĽ-Gründungsvorsitzende Peter Weiss. Migaš trat für föderale Strukturen und eine Stärkung des Europäischen Parlaments ein. Weiss unterstrich die politische Bedeutung der europäischen Einigung sowie des europäischen Sozialmodells und forderte die Eingliederung der Menschenrechtscharta in eine europäische Verfassung.[33]

[29] Czech Social Democratic Party: Integration of the Czech Republic into the European Union, 2000; <http//www.cssd.cz/vismo/dokumenty2.asp?u=422010&idorg=422010&id=1046>, und Resolution of the congress: On the future form of the European Union, 2001; <http://www.cssd.cz/vismo/dokumenty2.asp?u=422010&id_org=422010&id=22045>.
[30] Czech Social-Democratic Party: Position of the Czech Social Democratic Party on the Situation in the Middle East, 2002; <http://www.eurosocialists.org/upload/publications/59ENCzechMiddleEast.pdf>.
[31] Lang, Positionen [Fn. 28], S. 20–22.
[32] Karen Henderson: Euroscepticism or Europhobia: Opposition attitudes to the EU in the Slovak Republic. Brighton 2001 [= SEI Working Paper 50].
[33] Vladimír Bilčík: Slovakia's Future of Europe Debate, in: Paul Luif (Hg.): Regional Partnership and the Future of European Union. OIIP Arbeitspapier 41. Wien 2002, S. 91–99. Zum Nationalen Konvent siehe <http://www.konvent.sk>.

Die SDL' fordert die Direktwahl des EU-Präsidenten, die Umwandlung des Rates in eine Nationenkammer, die Stärkung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments und eine europäische Verfassung, welche die Grundrechte und die Gewaltenteilung zwischen den Institutionen umfassen sollte. Die in die Verfassung einzugliedernde Grundrechtscharta müsse verbindlich sein und das europäische Gesellschaftsmodell repräsentieren.[34]
Smer wurde erst 1999 gegründet. Der Parteivorsitzende Robert Fico sieht in Tony Blair und Gerhard Schröder seine Vorbilder. Entsprechend bezeichnet er seine Partei als Mitte-links oder „moderne Sozialdemokratie". Sie nennt sich inzwischen auch *Smer – tretia cesta* (Smer – Der Dritte Weg). Zur Außen- und Europapolitik heißt es in einem Parteidokument: „Smer orientiert sich am europäischen Wertesystem und strebt an, daß die Slowakei fest in der europäischen Wertegemeinschaft verankert ist. [. . .] Smer unterstützt die [. . .] Integration der Slowakei in die EU." [35]

Estland

Estland war immer eines der euroskeptischsten Kandidatenländer. Wichtige Parteien der populistischen Mitte und die schwache orthodoxe Linke waren phasenweise gegen den EU-Beitritt.[36] Die europapolitischen Positionen der estnischen Sozialdemokraten beschreibt der ehemalige Außenminister Toomas Hendrik Ilves so: Estland sei vor allem an einer institutionalisierten Mitgliedschaft in NATO und EU interessiert, um seine Sicherheit zu stärken. Ilves möchte die militärische Entwicklung der EU nur im „transatlantischen Umfeld" ausgebaut wissen.[37] Zwar unterstreicht Ilves auch die Bedeutung der europäischen Kultur, die Zugehörigkeit Estlands zum „europäischen Kulturraum", die Rückkehr zu den „alten europäischen Wurzeln" und nennt den Beitritt eine Art von „Selbstkolonisierung",[38] findet aber auch hier wieder die Brücke zu den USA, indem er diese Werte als transatlantische qualifiziert.[39] Die Zentrierung auf die USA und die NATO ist stark.[40]

Lettland

Die *Latvijas Sociāldemokrātiskās Strādnieku partijas* (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, LSDSP) entstand aus dem Zusammenschluß der gleichnamigen historischen Partei mit der reformkommunistischen *Latvijas Demokrātiskajā darba partijā* (Demokratische Partei der Arbeit Lettlands, LDDP) und der *Latgales Demo-*

[34] Ebd.
[35] Smer-Bulletin, uv. Ms., Büro Bratislava der FES.
[36] Evald Mikkel, Andreas Kasekamp: Emerging party realignment? Party-based euroscepticism in Estonia. Paper prepared for presentation at the 29th ECPR Joint sessions of Workshops. Turin 2002; <www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin.asp?section=25>.
[37] Crook, Dauderstädt, Gerrits: Social Democracy [Fn. 11], S. 75f.
[38] Toomas Hendrik Ilves: The Grand Enlargement and the Great Wall of Europe, in: Estonian Foreign Policy Yearbook 2003, hrsg. von Andres Kasekamp. Tallinn 2003, S. 185.
[39] Toomas Hendrik Ilves: Besinnung auf gemeinsame transatlantische Werte, in: Internationale Politik, 6/2001; <http://www.dgap.org/IP/ip0106/ilves.html>.
[40] Kristi Raik: Does the European Union Still Matter for Estonia's Security? Positioning Estonia in CFSP and ESDP, in: Estonian Foreign Policy Yearbook 2003, hrsg. von Andres Kasekamp. Tallinn 2003, S. 176.

krātiska Partija (Demokratischen Partei Lettgallens, LDP) und der LSDSP. Eine der Vorläuferkoalitionen, die Lettische Sozialdemokratische Allianz, die 1998–2002 mit 14 Abgeordneten im Seimas vertreten war, galt als leicht euroskeptisch.[41]
Seit den Wahlen 2002 ist die Allianz nicht mehr im Parlament vertreten, da sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Ihre europapolitische Position ist uneinheitlich. Zwar tritt sie für die Integration in EU und NATO ein, aber im Vorlauf des Referendums äußerten sich Parteivertreter nicht miteinander übereinstimmend. Die Partei ist nur in Riga von Bedeutung.[42]

Litauen

Nach der letzten Parlamentswahl im Jahr 2000 vereinigten sich die sozialistische *Lietuvos demokratinė darbo partija* (Litauische demokratische Partei der Arbeit, LDDP) und die sozialdemokratische *Lietuvos socialdemokratų partija* (Litauische Partei der Sozialdemokraten, LSDP), zu einer Partei, der LSDP. Die LDDP war Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Litauens, während die LSDP bereits im Jahr 1896 gegründet worden war, 1926 verboten wurde und seit 1944 im Exil agierte. Die erneute Gründung der sozialdemokratischen Partei fand im August 1989 statt.[43]
Programmatische Aussagen der LSDP zur Europapolitik beziehen sich fast ausnahmslos auf die Sicherheitspolitik.[44] Die LSDP setzt ihr Vertrauen weniger in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als in die NATO. Ähnlich wie die polnische SLD argumentiert die LSDP, daß die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht als Gegengewicht zur NATO aufgebaut werden, sondern nur eine unterstützende Rolle spielen sollte. Amerikanisches Engagement auf europäischem Boden zu festigen gehört zu den zentralen außenpolitischen Zielen der LSDP.[45] Themen wie Europäische Identität, Erweiterung, Vertiefung der politischen Integration oder gar die Bedeutung der europäischen Wertegemeinschaft werden von der LSDP nicht thematisiert.

Slowenien

Die *Zrdužena Lista Socialnih Demokratov* (Vereinigte Liste der Sozialdemokraten, ZLSD) ist ein Zusammenschluß aus der Sozialdemokratischen Union, (*Socialdemokratska unija Slovenije*, SDU) der Partei der Demokratischen Erneuerung, (*Socialdemokratska prenova Slovenije*, SDP) und der Arbeiterpartei (*Delavska stranka*). Sie entstand im Mai 1993 und ist Mitglied der *Sozialistischen Internationale* (SI) sowie *Partei der Europäischen Sozialisten* (PES). Die ZLSD ist proeuropäisch und war eine der stärksten Befürworterinnen des EU-Beitritts Sloweniens. Sie tritt für eine sozial gerechte, demokratische und transparente EU ein. Die ZLSD betrachtet sich als „den

[41] Taggart, Szczerbiak, Party Politics [Fn. 17], S. 16.
[42] Mündliche Mitteilungen des FES-Büros in Riga.
[43] Joachim Tauber: Das politische System Litauens, in: Ismayr, Die politischen Systeme [Fn. 10].
[44] Linas Antanas Linkevicius: Northeast European Security After the 2004 Dual Enlargement: The End of History? Vilnius Roundtable 2003, June 6,7. Keynote Speech by L. Linkevicius, Minister of Defence. Life after Enlargement; <www.lrv.lt/main_en.php?cat=16&gr=1&sub=8&d=2001>.
[45] USIS Washington File: „Presidents of Estonia, Latvia, Lithuania hold Briefing Jan. 15; <www.fas.org/man/nato/national/98011503_wpo.html>.

einzigen Botschafter der europäischen Sozialdemokratie in Slowenien".[46] Ihre Schwerpunkte liegen in der Förderung der demokratischen Strukturen der EU. Sie fordert die Stärkung des Europäischen Parlamentes, mehr Partizipationsrechte für Bürger, für Arbeiter und sozial benachteiligte Gruppen sowie die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips. Die EU müsse ein starker und einiger Akteur sein, um bestehende Probleme in Europa bewältigen zu können und um den USA, internationalen Organisationen und transnationalen Akteuren ein ebenbürtiger Partner zu sein.[47] Die ZLSD unterstreicht weder die wirtschaftlichen noch die sicherheitspolitischen Gewinne durch einen EU-Beitritt, sondern räumt – neben dem „sozialen Europa" – der „Wertegemeinschaft Europa" einen qualitativ höheren Wert ein als dem „Markt Europa". Wichtig in diesem Zusammenhang ist ihr die „Vielfalt in der Einheit", d.h. die Identität der einzelnen Nationen solle neben bzw. in der europäischen Identität weiterbestehen, ohne daß darunter die Identifikation der Bürger mit der EU leide.

Ungarn

Die Unterstützung der Europäischen Union gründet in Ungarn auf einem breiten nationalen Konsens, der fast alle großen Parteien umfaßt.[48] Außer der rechtsextremen *Magyar Igazság és Elet Pártija* (Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei, MIEP), die bis 2002 im Parlament vertreten war, befürworteten alle Parteien einen Beitritt.[49] Allerdings kann die von Viktor Orban geführte FIDESZ, die 1998–2002 an der Regierung war, als eine euroskeptische Partei bezeichnet werden, während die Europäisierung der MSZP weit vorangeschritten ist.[50]
Die Aussagen der MSZP zur Europapolitik umfassen die ganze Bandbreite von gemeinsamer Sicherheitskonzeption bis europäischer Identität und Wertegemeinschaft. Mit dem Sicherheitsstreben verbindet sie zwei Ziele: Die Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU. Argumentativ bewegt sich die ungarische MSZP jedoch in eine andere Richtung als die polnische SLD. Während die SLD Europa als starken Partner der USA aufgebaut sehen möchte, plädiert die MSZP für eine einige und starke EU, um auf dem europäischen Kontinent ein effizientes europäisches Krisenmanagement-System zu entwickeln. Sie sieht zugleich, daß zwischen den US-amerikanischen und europäischen Verteidigungsressourcen ein beträchtlicher quantitativer und qualitativer Unterschied besteht und erkennt die Notwendigkeit amerikanischen Engagements auf europäischem Boden an. Weiter erklärt Ungarn sich bereit, aktiv an der Implementation der ESVP mitzuwirken.[51]

[46] Igor Luksic: Das politische System Sloweniens, in: Ismayr, Die politischen Systeme [Fn. 10], S. 624. – Bugajski: Political Parties [Fn. 10], S. 652f.
[47] PES: Security in Change; <www.pes-congress.de/en/document/berlin_declaration.html>.
[48] Agnes Batory: Hungarian Party Identities and the Question of European Integration. [SEI Working Paper No. 49]. – Opposing Europe Research Network Working Paper No. 4. Sussex 2001, S. 13.
[49] Referendum mit Schönheitsfehlern; <http://www.dw-world.de>.
[50] Taggart, Szczerbiak: Party Politics [Fn. 17]. – Attila Agh: The Europeanization of the ECE Social democracy. The case of HSP in an ECE context. [Papier für den ECPR 2004 Joint Sessions of Workshops. Uppsala University, 13.–18.4.2004].
[51] Hungary's EU integration website: Relations between Hungary and the European Union; <http://www.kum.hu/euint/huneu_rel.html>.

Anders als nahezu alle andern hier betrachteten Parteien erwähnt die MSZP explizit, daß sie bereit ist, Souveränität zugunsten der EU abzugeben.[52] Außenminister László Kovács betonte hingegen lediglich, daß die EU eine Organisation „besonderer Natur" sei und die Herausforderung darin bestehe, ein Zusammenspiel von intergouvernementalen und supranationalen Institutionen zu finden.[53]

Kooperation und Konflikte im erweiterten Europa

Westeuropäische Parteien aus der EU, insbesondere auch die sozialdemokratischen, haben versucht, ihre Partner aus den neuen EU-Staaten auf kompatible Entwicklungspfade zu orientieren. Dazu diente insbesondere im Rahmen der *Sozialistischen Internationale* und der *Sozialdemokratischen Partei Europas* (SPE) das *Europäische Forum für Demokratie und Solidarität*, das mit den parteinahen Organisationen wie der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, der *Alfred-Mozer-Stichting*, dem *Karl-Renner-Institut*, dem *Olof-Palme-Center* oder der *Fondation Jean Jaurès* zusammenarbeitete, die sich alle der Förderung der Demokratie in Ostmittel- und Osteuropa widmeten. Das Forum wurde Anfang 1993 gegründet, um auch den Kontakt mit Parteien zu pflegen, die sich in einer Definitions- und Reformphase befanden und daher noch nicht als Vollmitglieder der SI oder gar der SPE akzeptiert waren.[54]
1995 nahm die SPE die ersten sechs „Schwesterparteien" als Beobachter auf. Es handelte sich um die tschechischen und die slowakischen Sozialdemokraten ČSSD und SDSS sowie vier Nachfolgeparteien der alten kommunistischen Parteien, die ungarische MSZP, die slowakische SDĽ, die slowenische ZLSD und die polnische SLD. 1996 erhielt die polnische UP Beobachterstatus. Im März 1998 kamen drei baltische und zwei rumänische Linksparteien dazu. Auf dem SPE-Kongreß von Mailand 1999 wurden diese zwölf Parteien assoziierte Mitglieder.[55] Im Mai 2003 beschloß das SPE-Präsidium, die ČSSD, die estnischen Sozialdemokraten, die ungarischen Sozialisten, die litauischen Sozialdemokraten, die polnische SLD und UP, die slowenischen Sozialdemokraten als Vollmitglieder aufzunehmen. Assoziiert sind weiter die bedeutungslosen ungarischen historischen Sozialdemokraten, die lettische LSDSP und die beiden inzwischen einflußlosen slowakischen Parteien.
Die organisatorische Einbindung und der intensive Dialog konnten Konflikte (z.B. „altes" vs. „neues" Europa) nicht verhindern. Nationale Unterschiede spielen eine wichtige Rolle. Betrachtet man die Haltungen der einzelnen Parteien zu Europa unter außenpolitischen Gesichtspunkten, läßt sich auch im sozialdemokratischen Spektrum eine deutliche Trennlinie zwischen „Atlantikern" und „Europäern" ausmachen. Erstere stellen den Sicherheitsaspekt in den Vordergrund, betonen die Notwendigkeit des

[52] MSZP (1994): Kihívások és válaszok: Tézisek a nemzetröl, A határon túli magyarsagról, zitiert in: Batory, Hungarian [Fn. 48], S. 19.
[53] Presentation by Mr. László Kovács, Minister of Foreign Affairs of the Republic of Hungary, delivered at Columbia University, New York, September 12, 2002; <http://www.kum.hu/Archivum/Korabbiszoviovoi/2002/KovacsL/0912ColKl.htm>.
[54] Heinz Fischer: Die Sozialdemokratie und Osteuropa, in: Europäische Rundschau, 3/2003, S. 23–33.
[55] Simon Hix, Urs Lesse: Shaping a Vision. A History of the Party of European Socialists, 1957–2002. Brüssel 2002.

amerikanischen Engagements in Europa und die Einbindung europäischer Sicherheitsstrukturen in die NATO.

Dazu gehören die polnische SLD, die litauische LSDP und die estnische *Mööd*ukad. Gemeinsam ist ihnen, daß die nationale und europäische Sicherheit höchste Priorität genießt. Die Zugehörigkeit zu Europas Wertegemeinschaft oder eine Vertiefung der politischen Integration kommen nur am Rande oder gar nicht zur Sprache. Es fällt auf, daß die beiden Nachfolger der Kommunistischen Parteien, die SLD in Polen und die LSDP in Litauen, zu den *hardlinern* unter den Atlantikern zählen, sich vollkommen von ihren früheren Zielen distanziert haben und gemessen an der Einstellung der jetzigen Mitglieder der EU nicht mehr zur Linken, sondern eher zu den Konservativen gehören.

Auf der anderen „europäischen" Seite finden sich die tschechische ČSSD und die ungarische MSZP. Ihre Programme sind differenzierter als die der anderen Parteien. Beide stellen die politische Integration in den Mittelpunkt und befürworten die Stärkung supranationaler Strukturen in der EU. Als zweiter Schwerpunkt auf ihrer EU-Agenda steht die europäische Identität, der sich die beiden Parteien aus Tschechien und Ungarn anscheinend stärker verpflichtet fühlen als die aus Polen und dem Baltikum.

Diese Divergenzen verheißen wenig Gutes für die Lösung der absehbaren Konflikte im Bereich der EU-Verfassung, der Finanzen und der Wirtschaftspolitik.[56] Als schwierig für die politische Integration der EU könnte sich herausstellen, daß nur zwei von acht untersuchten Parteien eine stärkere Integration überhaupt thematisieren – und das in der Außenpolitik, die im Vergleich zur wirtschaftlichen Integration ohnehin wenig vergemeinschaftet ist. Die Hoffnung der europäischen Linken, durch den Beitritt der postkommunistischen Staaten ihre Positionen in der EU zu stärken, kann sich vor allem auf die slowenische ZLSD stützen und wird aufgrund ihres geringen Gewichtes aller Wahrscheinlichkeit nach enttäuscht werden. Die beiden anderen Parteien, die dem gemeinsamen europäischen sozialdemokratischen Nenner am nächsten stehen, die tschechische ČSSD und die ungarische MSZP, sind schon deutlich stärker von nationalpolitischen Positionen geprägt.

---

[56] Michael Dauderstädt: Conflicting Distributive Interests in a Deepening and Widening Europe: A Challenge to the Emerging Europolity. Reihe Europäische Politik FES. Bonn 2004.